

Eupen, den 27.04.2020

Rede

Stellungnahme von Diana Stiel zum Krisendekretvorschlag 2020 (II)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der amerikanische Unternehmer Jean Paul Getty sagte einst :
"Sparmaßnahmen muss man dann ergreifen, wenn man viel Geld verdient. Sobald man in den roten Zahlen ist, ist es zu spät".

In meiner Rede zum Haushalt 2020 im Dezember letzten Jahres habe ich gesagt, dass das Hauptaugenmerk angesichts der Einnahmeverringerung von 6,3 Millionen Euro jährlich, auf einer Schwerpunktsetzung für die kommenden Jahre liegen muss und zwar nach dem Motto: Wo setze ich das vom Steuerzahler zu Verfügung gestellte Geld sinnvoll für die Allgemeinheit ein.

Ich sagte auch, dass in Zeiten von Einsparungen dem kulturellen Sektor keine Erhöhungen versprochen werden dürfen, die durch die wirtschaftliche Situation in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht gewährt werden können.

Kolleginnen und Kollegen,

dass es in absehbarer Zeit zu einer heftigen Wirtschaftskrise kommen würde, haben wir regelmäßig erwähnt und gemahnt Sparmaßnahmen zu ergreifen. Mit einem vermeintlich gefährlichen Virus, der diese weltweite Wirtschaftskrise einleiten würde, haben wir nicht gerechnet.

Wenn hunderte, wahrscheinliche tausende Wirte, Ladeninhaber, Friseure und mittelständische Unternehmen unverschuldet plötzlich mittellos dastehen, ist es an der Zeit schnell und unbürokratisch zu handeln. Hierfür ist die wallonische Region zuständig, welche ja auch entsprechende Hilfen angeboten hat.

Millionen Menschen in der Mittelschicht wird diese Krise am härtesten treffen, da sie ihre hart erarbeiteten Rücklagen aufbrauchen werden. Mittelständische Betriebe werden sich womöglich durch Notkredite verschulden um über die Runden zu kommen.

Es ist selbstverständlich, dass nun Selbstständigen und Unternehmen mit Soforthilfen unter die Arme gegriffen wird, denn oberste Priorität ist die notwendige Liquidität zu sichern.

Wir sollten uns aber auch nichts vormachen: Die Zuschüsse, die nun beschlossen wurden, bergen, insofern sie denn alle ausgezahlt werden, auch eine Gefahr. Wenn Staatengemeinschaften und Nationalstaaten plötzlich Milliarden an Euros oder Dollar drucken und die Menge an Waren und Dienstleistungen stagniert bzw. sinkt, kann dies auch zu einer sehr hohen Inflation führen. Unser Finanzsystem stand schon vor der Coronakrise auf wackeligen Beinen. Die Verschuldung der Staaten, vieler Unternehmer und auch vieler Bürger ist extrem hoch. Die Ausgangslage ist aufgrund der desaströsen Finanz- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte der klassischen Politik nicht besonders gut. Diese Maßnahmen sind also eher ein notwendiges Übel, als eine willkommene Hilfe.

Kulturschaffende, Künstler und Künstlerinnen sollten in der akuten Notlage, in denen infolge der Corona-Krise die Einnahmen wegbrechen aufgefangen werden. Nothilfen zur Deckung der unmittelbaren Lebenshaltungskosten für Kulturschaffende sind dringend nötig.

Jedoch muss und sollte man sich angesichts dieser Krise die Frage stellen, was können wir uns in Zukunft noch leisten?

Bezuschussungen von elitären Einrichtungen werden wir uns zukünftig eben nicht mehr leisten können, denn das Geld wird an allen Ecken und Kanten fehlen. Denn ohne einen gesunden Mittelstand wird es kaum Menschen geben, die Geld für Kultur ausgeben werden. Es gilt also zuerst den Mittelstand durch die Krise zu helfen. Er ist das Rückrat unserer Gesellschaft. Für den kulturellen Sektor fordern wir ein Konzept, wie diese übermäßige Subventionspolitik heruntergefahren werden kann. Da dieses Konzept fehlt und dies nicht einmal thematisiert wird, werden wir dem Artikel 3 nicht zustimmen.

In letzter Zeit wird viel über Solidarität gesprochen und von vielen Menschen auch gelebt, aber es brodelt an der Oberfläche und dafür sind unverhältnismäßige Maßnahmen seitens der Föderalregierung verantwortlich.

Wenn die anstehende Weltwirtschaftskrise massenweise Arbeitsplätze vernichtet, könnte sich der Mittelstand erheben.

Der deutsche Ökonom Wilhelm Röscher sagte einst: "Das Hinschwinden des Mittelstandes, die Spaltung des Volkes in wenig Überreiche und zahllose Proletarier, ist der vornehmste Weg, auf welchem die freien und in Blüte stehenden Nationen altern und verfallen."

Deshalb muss unser Augenmerk auf die Mittelschicht gerichtet sein, denn diese zahlt die meisten Steuern und Abgaben und finanziert den Sozial-, Bildungs- und Infrastruktursektor unseres Landes.

Mit Artikel 1 werden zwei Ziele verfolgt. Zum einen soll die Bestandsbeschäftigung , für das geförderte Personal in den Privatbetrieben, der Solidarwirtschaft, den lokalen Behörden und den Einrichtungen des nicht kommerziellen Sektors aufrecht erhalten werden.

Zum anderen soll die Wieder- bzw Neubeschäftigung ab dem zweiten Halbjahr ermöglicht werden, da davon auszugehen ist, dass die Arbeitslosigkeit steigen wird. Die Mittel sollen in diesem Jahr um 500.000 € erhöht werden, um die Einstellungshilfen für eine Periode von sechs Monaten zu verdoppeln. Diese ist bis zum kommenden Sommer verlängerbar. Des weiteren sind diese Krisenprämien auf erweiterte Zielgruppen anwendbar. Auch den lokalen Behörden wird mehr Geld für die Beschäftigung zu Verfügung gestellt um den höheren Bedarf an Personal zu decken.

Diesem Artikel werden wir zustimmen, denn zukünftig sollte jeder Impuls umgesetzt werden um Arbeitnehmer, die infolge der Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben wieder in Beschäftigung zu bringen.

Zum Abschluss dieses Krisendekretvorschlages möchte ich kurz auf die föderale Situation zu sprechen kommen.

Es ist der belgische Föderalstaat, der den Mangel an bezahlbaren Arbeitsplätzen seit Jahren entstehen lässt, und diese Politik wird uns in der Krise zum Verhängnis werden. Maßnahmen wie ActiF und ActiF+ wären gar nicht nötig, wenn eine vernünftige Steuer- und Sozialpolitik für angemessene Lohnnebenkosten sorgen würde.

Ich appelliere hiermit an die Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft, diese Tatsachen immer wieder in den interministeriellen Konferenzen anzusprechen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,

Diana Stiel
Vivant-Fraktion